

## Anfragen zum Plenum in der 20. Kalenderwoche

### Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

**Klaus Adelt**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, zu welchem Ergebnis kam die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung des Präsidiums der Bayerischen Bereitschaftspolizei hinsichtlich des Aufbaus eines eigenen bayerischen Polizei-Logistikzentrums für Dienstbekleidung, sollte die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zu einem positiven Ergebnis gekommen sein, welche Standorte kommen hierfür infrage und wurden diesbezüglich bereits weitere Planungen zur Einrichtung eines Logistikzentrums vorangetrieben?

**Benjamin Adjei**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wer wurde mit dem Gutachten zur Digitalen Transformation Bayerns beauftragt, bis wann sollen die Ergebnisse vorliegen und Mittel in welcher Höhe sind dafür vorgesehen?

**Horst Arnold**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Abschiebeverfahren sind im Freistaat Bayern seit Januar 2017 eingeleitet worden (bitte nach Monaten ausdifferenzieren), wie viele Personen sind in diesem Zeitraum abgeschoben worden (bitte ebenfalls nach Monaten ausdifferenzieren) und wie viele geplante Abschiebungen scheiterten (bitte mit Angabe der jeweiligen Gründe)?

**Johannes Becher**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Grundstücke besitzt die Flughafen München GmbH (aufgeschlüsselt nach Flurnummer und Gemeinde mit der Bitte um Angabe der Größe), wie werden die Grundstücke derzeit genutzt und wie hoch war, bezüglich der Grundstückskäufe im Jahr 2018 und im laufenden Jahr 2019, der Unterschied zwischen dem Kaufpreis pro qm und dem jeweiligen Bodenrichtwert?

**Franz Bergmüller**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob die heutige Staatsregierung nach 100 Jahren nun inzwischen bereit ist, die Rolle der SPD im Jahre 1919 als Regierungspartei in Bayern und im Reich historisch aufzuarbeiten, die Niederschlagung der Bayerischen Räteregierungen im Frühjahr 1919 als Mittel zum Zweck zu instrumentalisieren, den damals noch souveränen Staat Bayern aufzulösen, um so auch das politische Ziel von einem der Gründungsväter der SPD, Ferdinand Lassalle, umzusetzen, den deutschen Nationalstaat zu schaffen, was ihr mit Gründung der Weimarer Republik durch die

SPD-Regierungen in Deutschland dann auch gelang, ob die heutige Staatsregierung nach 100 Jahren nun bereit ist, ihre Verantwortung für die unter dem von der damaligen Staatsregierung durch den damaligen Bayerischen Ministerpräsidenten Johannes Hofmann (SPD) verhängten Kriegsrecht bzw. Belagerungszustand durchgeführten Erschießungen von Mitgliedern der „Bayerischen Roten Armee“; „Bayerischen Roten Garde“ und anderen Mitgliedern der unter dem Namen „Bayerische Räterepublik“ wirkenden Linksextremisten, zu übernehmen und ob die heutige Staatsregierung nach 100 Jahren nun bereit ist, die Rolle der Bayerischen Armee an diesem, von der damaligen Staatsregierung unter ihrem damaligen Ministerpräsidenten Johannes Hofmann (SPD) ausgegerufenen Kriegsrecht bzw. Belagerungszustand vorgenommenen Erschießungen unter deren „Minister für militärische Angelegenheiten“ Ernst Schnepfhorst (SPD), historisch aufzuarbeiten?

**Florian von Brunn**  
(SPD)

Nach den Medienberichten über die angeordnete Rücknahme und Löschung der jüngst abgeschlossenen Biotopkartierung im Landkreis Forchheim (Fränkische Schweiz) durch den Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz, Thorsten Glauber, sowie einen von ihm verfügten Stopp der Biotopkartierung für ganz Bayern, frage ich die Staatsregierung, warum angeblich gerade im Landkreis Forchheim, dem Stimmkreis des derzeitigen Staatsministers für Umwelt und Verbraucherschutz, in dem es zu besonders massiven Protesten der Obstbauern gekommen ist, 2.000 von 3.600 Aufnahmen der Biotopkartierung falsch sein sollen, warum der Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz die gesamte Biotopkartierung für Bayern gestoppt hat, und wie die Staatsregierung jetzt weiter mit den für den Umwelt- und Naturschutz in Bayern sowie für die Umsetzung der gerade im parlamentarischen Verfahren befindlichen beiden Artenschutz-Gesetze der Staatsregierung unverzichtbaren - in mehreren Jahren aufwändig erhobenen - Daten der aktuellen Biotopkartierung umgehen wird?

**Kerstin Celina**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem auf dem Gelände der ehemaligen Leighton Barracks in Würzburg bereits mehrere Bauprojekte realisiert worden sind, frage ich die Staatsregierung, wie viele Quadratmeter der Gesamtfläche am Hubland derzeit noch nicht für eine Nutzung verplant sind und somit als Baugrund zur Verfügung stehen, wie die noch zu nutzenden Flächen beschaffen sind und wie das Gebiet am Hubland infrastrukturell (Telekommunikation, öffentlicher Nahverkehr etc.) erschlossen ist?

**Maximilian Deisenhofer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, bis wann ist die Umsetzung des, im Koalitionsvertrag festgelegten und mehrfach durch den Staatsminister für Unterricht und Kultus, Prof. Dr. Michael Piazolo, angekündigten Ziels, ein zentrales, landesweit verfügbares Angebot für Wartung und Pflege von IT-Infrastrukturen an den Schulen einzuführen, um Systembetreuer und Schulleitungen von zusätzlichen technischen Aufgaben zu entlasten, geplant, wann finden die nächsten Gespräche zwischen dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus und kommunalen Spitzenverbänden dazu statt und was wurde im ersten halben Jahr der 18. Legislaturperiode

zur Umsetzung dieses Ziels unternommen?

**Gülseren Demirel**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, was war die Ursache für den Tod einer 31-jährigen Nigerianerin am 11.05.2019 in der ANKER-Einrichtung in Regensburg, warum genau kam es zum Polizeieinsatz (bitte den genauen Ablauf des Polizeieinsatzes darlegen und die Zahl der Verletzten auflisten) und welche Deeskalationsstrategie der Staatsregierung kommen bei solchen Auseinandersetzungen zur Anwendung?

**Albert Duin**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung angesichts der Berichte über den geplanten Börsengang des Energiegeschäfts der Firma Siemens und der Diskussion um den zukünftigen Firmensitz (siehe „Nürnberger Nachrichten“ vom 09.05.2019), inwieweit sie sich bisher für einen Sitz in Erlangen/Bayern eingesetzt hat, wie die Staatsregierung generell gedenkt, den Wirtschaftsstandort Bayern international wettbewerbsfähig zu halten und wann sie im Einzelnen gedenkt Initiativen zu starten, um die von Ministerpräsident Dr. Markus Söder angekündigten Maßnahmen Komplettabschaffung des Solidaritätszuschlags, Senkung der Unternehmensteuer um fünf Prozentpunkte, Senkung der Stromsteuer für Unternehmen sowie für Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen sowie steuerliche Anreize für eine Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes voranzutreiben?

**Martina Fehlner**  
(SPD)

Nachdem jetzt das neue Parkhaus an der Technischen Hochschule in Aschaffenburg eröffnet wurde, frage ich die Staatsregierung, wie viele Parkplätze an den staatlichen Hochschulen in Unterfranken für Fahrzeuge mit Elektroantrieb reserviert sind, ob es auf den Hochschulgeländen Ladestationen für Fahrzeuge mit Elektroantrieb gibt und ob weitere entsprechende Angebote für Fahrzeuge mit Elektroantrieb geplant sind?

**Matthias Fischbach**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche Noten wurden im bayernweiten Schnitt bei der Abiturprüfung in den letzten zehn Jahren erreicht (bitte aufgliedern nach einzelnen Prüfungsfächern, Jahren und Gesamtabschlussnote), wie gestalten sich diese Zahlen beispielhaft jeweils für die einzelnen Gymnasien in Erlangen und Erlangen-Höchstadt in diesem Zeitraum (bitte einzeln nach den Schulen aufgliedern) und worin sieht die Staatsregierung die Ursachen dafür, dass der Anteil der Schüler, die laut „Bayerns Schulen in Zahlen 2017/2018“ ihre Schullaufbahn mit der allgemeinen Hochschulreife abschließen, von 22,2 Prozent im Jahre 2007 auf 31,0 Prozent im Jahre 2017 angestiegen ist?

**Patrick Friedl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Da alle sechs Jahre nach FFH-Richtlinie (FFH = Fauna-Flora-Habitat) Monitoring-Berichte zur Fischotterpopulation (zur „Überwachung des Erhaltungszustandes“ mit den Modulen „Bestanderfassung“, „Habitatqualität“ und „Beeinträchtigungen“) der EU vorzulegen sind, was zuletzt 2013 der Fall war, sodass aktuell die nächsten Berichte abzugeben sind, die unseres Wissens fertig sind, frage ich die Staatsregierung, in welcher Form die Fischotterpopulation (nach Regierungsbezirken, insbesondere in den Regierungsbezirken Oberpfalz und Niederbayern) erfasst wurde,

wann es zur öffentlichen Beratung dieser Ergebnisse die nächsten Runden Tische (insbesondere in den Regierungsbezirke Oberpfalz und Niederbayern) geben wird und welche Konsequenzen seitens der Bezirksregierungen (insbesondere in den Regierungsbezirken Oberpfalz und Niederbayern) bezüglich der Schutzwürdigkeit des Fischotters (nicht gegebene Entnahmevoraussetzungen) gezogen werden?

**Markus (Tessa) Ganserer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem im Hinblick auf die EU-Wahl 2019 von ILGA-Europe (International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans and Intersex Association - Europe) mit fünf zentralen Punkten mehr Engagement zur Stärkung der Rechte von Homosexuellen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgendern und Intersexuellen (LGBTIQ\*) gefordert wird, frage ich die Staatsregierung welche queerpolitischen Maßnahmen aus ihrer Sicht in Brüssel nötig sind, wie sie sich auf EU-Ebene für die Belange von queeren Menschen einsetzen wird und welche Maßnahmen sie auf Landesebene und Bundesebene ergreift, um die Akzeptanz von queeren Menschen zu fördern?

**Thomas Gehring**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Überlegungen gibt es ihrerseits und nach ihrer Kenntnis seitens der Bundesregierung für ein neues ANKER-Zentrum in Schwaben nach der Auflösung des ANKER-Zentrums Donauwörth, sind in Kempten auf dem Gelände der ehemaligen Artillerie-Kaserne insbesondere durch den bestehenden Mietvertrag der Bezirksregierung mit dem Zweck der Einrichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung die

Voraussetzungen für die Schaffung eines ANKER-Zentrums gegeben und welche weiteren Objekte für die Einrichtung eines ANKER-Zentrums stehen in Schwaben sonst zur Verfügung?

**Ludwig Hartmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Hiermit frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse hat sie über den Kugelschuss auf der Weide mit Blick auf Tierwohl, Lebensmittelhygiene und Fleischqualität, was plant sie, um den tierschonenden und nachgewiesen stressfreien Kugelschuss als mögliche Schlachtoption für Landwirte besser zu ermöglichen und wie steht die Staatsregierung dem Vorschlag gegenüber, die entsprechenden Verordnungen (Tierschutz-Schlachtverordnung, Tierische Lebensmittel-Hygieneverordnung - Tier-LMHV) in der Weise anzupassen, dass Rinder auch bei (freiwilligem) Zugang zu einem Stall tierschutzgerecht auf der Weide geschossen werden können?

**Christina Haubrich**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie stellt sie sicher, dass Kinder, die während des Schuljahres in einer Schule neu aufgenommen werden, die Schuleingangsuntersuchung erhalten haben und wie stellt die Staatsregierung außerdem sicher, dass bei Schülerinnen und Schülern, die keine Schulanfänger mehr sind und während des Schuljahres die Schule wechseln, das Schuleingangsscreening geprüft wird und wie stellt die Staatsregierung sicher, dass ausländische Kinder, die keine Schulanfänger sind und während eines Schuljahres in Klassen aufgenommen werden, die Bescheinigungen zu Vorsorgeuntersuchungen aus dem Schuleingangsscreening geprüft werden?

**Christian Hierneis**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem Herr Regierungspräsident Axel Bartelt mit Schreiben vom 09.04.2019 den Runden Tisch zur Entnahme von Fischottern in der Oberpfalz kurzfristig abgesagt hat, und zwar mit der Begründung, die Fragen in dieser Sache an das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (StMELF) und an das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV) seien von den beiden Staatsministerien noch nicht beantwortet, wie haben das StMELF sowie das StMUV die Fragen der Regierung der Oberpfalz mittlerweile beantwortet und sieht sich die Regierung der Oberpfalz zwischenzeitlich in der Lage, die Entnahme eigenverantwortlich zu entscheiden oder wird die Rechtslage als so angreifbar eingeschätzt, dass die Regierung als eigentlich zuständige Behörde die Unterstützung der Staatsministerien braucht, um korrekt und gemäß den politischen Vorgaben zu handeln?

**Dr. Helmut Kaltenhauser**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, ob im thematischen Umfeld der Errichtung eines Forschungs- und Bildungsstandorts am ehemaligen Staatsgut Erlenfurt (Kosten laut Angaben im Entwurf des Doppelhaushalts 2019/2020 26,5 Mio. Euro) und der damit von Bevölkerung, Verbänden und Abgeordneten aus der Region gewünschten Erstellung eines Gesamtkonzepts für die Nutzung von Bischborner Hof, Staatsgut Erlenfurt und Jagdschloss Luitpoldshöhe bereits Abstimmungsgespräche zwischen dem Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz, Thorsten Glauber, sowie der Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Michaela Kaniber, gegebenenfalls unter Einbindung des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder und seines Stellvertreters Hubert Aiwanger, stattgefunden haben, was die Ergebnisse dieser Abstimmungsgespräche sind und wie diese nun mit der örtlichen Bevölkerung transparent diskutiert werden sollen?

**Christian Klingen**  
(AfD)

Nachdem bekannt ist, dass Thiacloprid die Fortpflanzung bei Tieren als auch bei Menschen schädigt und die EU deshalb dieses Insektizid gemäß der Pestizidverordnung von 2009 verboten hat, es sei denn, sie kommen nicht mit dem Menschen in Kontakt, frage ich die Staatsregierung, wie der Freistaat Bayern dafür Sorge trägt, dass das Insektizid Thiacloprid, das in der EU verboten ist, im April 2020 nicht durch eine neue Lizenz wieder zugelassen wird?

**Paul Knoblach**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, sind nach Abschluss der derzeitigen Maßnahmen zur Notsicherung der Südwestecke von Haupt- und Vorburg des Schlosses Mainberg weitere Maßnahmen zum Erhalt des Baudenkmals erforderlich, plant sie eine Aufnahme des Schlosses Mainberg in den Bestand der Bayerischen Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen, um die Erhaltung des Schlosses langfristig zu sichern und falls nein, warum nicht?

**Claudia Köhler**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Tafeln gibt es in Bayern insgesamt, werden diese auch staatlich gefördert und wenn ja, nach welchen Kriterien werden die finanziellen Mittel verteilt?

**Sebastian Körber**  
(FDP)

Nachdem sich der Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr, Dr. Hans Reichhart, am 09.05.2019 in der „Augsburger Allgemeine“ für die Abschaffung der Grunderwerbsteuer für Immobilien-Erstkäufer ausgesprochen hat, frage ich die Staatsregierung, inwiefern sich ihre Meinung gegenüber dem Koalitionsvertrag geändert hat („Bei der Grunderwerbsteuer setzen wir uns für einen Freibetrag beim erstmaligen Erwerb von Wohnimmobilien ein“), warum lediglich Familien von der Grunderwerbsteuer befreit werden sollen und in welcher Höhe sich dadurch Einnahmeausfälle für die Kommunen Bayerns und den Freistaat Bayern ergeben?

**Andreas Krahl**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Sitzungen hat das „Bündnis für generalistische Pflegeausbildung in Bayern“ bereits abgehalten, was unternimmt das Bündnis im Auftrag der Staatsregierung, um Lehrstühle für die Pflegeforschung zu etablieren und welche Maßnahmen ergreift sie, um die vom Wissenschaftsrat geforderten 10 Prozent bis 20 Prozent an akademisierten Pflegenden in der direkten Patientenversorgung sicherzustellen?

**Eva Lettenbauer**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bezugnehmend auf die Antwort der Staatsregierung auf meine Anfrage zum Plenum aus der KW 19 (Drs. 18/1965) frage ich die Staatsregierung, warum hat das zuständige Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration im Wissen, dass der Vertrag für das Projekt „Sprache schafft Chancen“ mit der lagfa bayern e.V. zum 31.12.2018 ausläuft, zur Sicherstellung eines reibungslosen Übergangs nicht frühzeitig mit einer neuen Ausschreibung begonnen, welche anderen Integrationsprojekte für zugewanderte und geflüchtete Menschen ruhen derzeit und was sind die Gründe für das Ruhen der Projekte (bitte einzeln auflisten)?

**Jürgen Mistol**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts der Parallelplanung der Staatsregierung für einen Fahrübungsplatz der Bayerischen Bereitschaftspolizei am Standort Sulzbach-Rosenberg (Landkreis Amberg-Sulzbach) und der Planung der Bundeswehr für einen Fahrübungsplatz am Standort Kümmersbruck (Landkreis Amberg-Sulzbach), frage ich die Staatsregierung, war sie über die Bauplanung der Bundeswehr für einen Fahrübungsplatz am Standort Kümmersbruck informiert, warum braucht es zwei Fahrübungsplätze in einer Entfernung von 17 km mit einer jeweiligen Größe von 4 Hektar bzw. rund 2 Hektar, nachdem doch bisher der Bundeswehrrfahrübungsplatz in Pfreimd (Lkr. Schwandorf) gemeinsam genutzt wurde, und wie sind diese Planungen mit dem Ziel des Koalitionsvertrags der Staatsregierung zum Flächensparen vereinbar?

**Ruth Müller**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, sind durch die Höhe der Geburtenzahlen in Stadt und Landkreis Straubing-Bogen die Voraussetzungen - gemessen an den prognostizierbaren Fallzahlen - für eine eigene stationäre Fachabteilung für Kinder- und Jugendmedizin am Klinikum Straubing erfüllt und falls ja, wäre ein solches Angebot angesichts der geplanten Bettenerhöhung aus Sicht der Staatsregierung wünschenswert, um sowohl die fachärztliche ambulante pädiatrische Versorgung in Stadt und Landkreis

Straubing-Bogen als auch die aktuell mitversorgenden Kliniken in Regensburg und Deggendorf zu entlasten und ein stabiles pädiatrisches wohnortnahes Versorgungsangebot für Kinder und Jugendliche aus Stadt und Landkreis Straubing-Bogen zu etablieren?

**Alexander Muthmann**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche Bekundungen sie gegenüber Institutionen der Europäischen Union bisher im Zusammenhang mit dem Programm „Connecting Europe Facility 2021-2027“ im Bereich Digitales hinsichtlich der geplanten 5G-Korridore getätigt hat (bitte unter Nennung konkreter Projektideen mit bayerischem Zusammenhang), wie die Staatsregierung die Möglichkeit bewertet, auch Investitionen auf der Achse München - Prag in das Programm aufzunehmen und inwiefern sie sich dafür einsetzen wird, dem bayerischen Grenzraum zur Tschechischen Republik eine Förderung des 5-G-Netzaufbaus im Rahmen von „Connecting Europe“ zu ermöglichen?

**Verena Osgyan**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob es an den bayerischen Hochschulen grundständige Studiengänge gibt, die für die Zulassung neben dem Abitur zusätzliche Nachweise für Sprachkenntnisse in englischer Sprache fordern und wenn ja, um welche Studiengänge es sich handelt und ob die Staatsregierung die Auffassung teilt, dass die allgemeine Hochschulreife als Zulassungsberechtigung für die bayerischen Hochschulen ausreichen sollte?

**Tim Pargent**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern sind die von ihr geforderten Konzepte Länderöffnungsklausel (auch in Anbetracht der Expertinnen- und Expertenanhörung im Bundesministerium der Finanzen am 10.05.2019) bzw. die Regionalisierung der Grundsteuer im Rahmen der Grundsteuerreform mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zur Grundsteuerreform vereinbar, wie bewertet die Staatsregierung die Forderung nach der Länderöffnungsklausel bzw. der Regionalisierung der Grundsteuer und wie schätzt sie die rechtzeitige Einigung auf eine Reform unter Berücksichtigung einer Länderöffnungsklausel bzw. einer Regionalisierung der Grundsteuer in der vom BVerfG gesetzten Frist für die Neuregelung der Grundsteuer bis Ende 2019 ein?

**Markus Rinderspacher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, was haben die Behörden des Freistaates Bayern an Maßnahmen in die Wege geleitet, um die Europawahl am 26.05.2019 vor Manipulation und Einflussnahme zu schützen, welche Kenntnisse liegen ihr über das Ausmaß und die Art von jedweden Versuchen vor, beispielsweise über gezielte Desinformation und illegale Datensammlung im Netz die Europawahl zu manipulieren, welche grundsätzliche und aktuelle Gefahren sieht die Staatsregierung mit Blick auf illegale und illegitime Wählerbeeinflussung?

**Julika Sandt**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welcher Anteil der von ihr angekündigten 75 Mio. Euro für die Umsetzung des Gesetzespakets zur Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern wird für neue und bestehende Maßnahmen im Bayerischen Kulturlandschaftsprogramm jeweils verwendet, wie werden die bestehenden Pro-

gramme für Weidetierhalter optimiert und wie hoch ist der Betrag, der in das Vertragsnaturschutzprogramm fließt?

**Stephanie Schuhknecht**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Zu den Wasserkraftwerken am bayerischen Lech frage ich die Staatsregierung, wann die Nutzungsrechte der Lech-Kraftwerke spätestens gekündigt werden müssen, um im Einzelfall einen Rückbau nach Ablauf der Konzession zu ermöglichen (bitte für jedes Kraftwerk einzeln angeben), bei welchen der Kraftwerke bereits Verlängerungen beantragt oder bereits Genehmigungen für Verlängerungen erteilt bzw. wasserrechtliche Verfahren eingeleitet wurden und an welchen der Kraftwerke Fischaufstiegshilfen vorhanden oder in Planung sind?

**Katharina Schulze**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit unterliegt der Ver- und Ankauf von CBD-Produkten, also Hanfprodukten die lediglich das nicht psychoaktive Cannabidiol enthalten, nach ihrer Auffassung auch dann der Strafbarkeit, wenn der THC-Gehalt der Pflanze unter 0,2 Prozent liegt und welche Ergebnisse brachten die kürzlich erfolgten Durchsuchungen bei sogenannten CBD-Shops in München, im Landkreis Ebersberg und im Landkreis Dachau und wer hat entschieden, eine derartige einschüchternde und konzertierte Durchsuchungsaktion zu starten?

**Gisela Sengl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie haben sich Anzahl und Fläche der landwirtschaftlichen Betriebe insgesamt in den jeweiligen Ökomodellregionen im Vergleich zum Start der Förderung bis Stand 2019 entwickelt, wie viele davon sind im Vollerwerb tätig (Stand 2019, aufgeschlüsselt nach konventionell und bio) und wie viele sind im Nebenerwerb tätig (Stand 2019, aufgeschlüsselt nach konventionell und bio)?

**Florian Siekmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie die ablehnenden Stellungnahmen des Bezirksausschusses 20 Hadern (Sitzung vom 11.03.2019) sowie der Landeshauptstadt München (Schreiben vom 09.04.2019) in der Anhörung zum Luftrechtlichen Genehmigungsverfahren gemäß § 6 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) zur Anlage und zum Betrieb eines Hubschraubersonderlandeplatzes (Dachlandeplatz) für das Klinikum der Universität München - Standort Großhadern - im weiteren Genehmigungsverfahren berücksichtigen wird, ob die Staatsregierung gedenkt - wie von der Landeshauptstadt München gefordert - in diesem Zusammenhang alternative Flugrouten zu prüfen und falls ja, wann die Ergebnisse dieser Prüfung vorliegen bzw. veröffentlicht werden?

**Christoph Skutella**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wann die Einzelmaßnahmen für die im Maßnahmenkatalog zur Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern angekündigte sogenannte erweiterte KULAP-Förderung (KULAP = Kulturlandschaftsprogramm) für grüne Bänder und Blühstreifen feststehen werden und wie hoch die Fördersätze der neuen Maßnahmen und die Aufstockung bei bestehenden Maßnahmen sind?

**Ursula Sowa**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Verpflichtungen ist der Freistaat Bayern in Bezug auf die Kunstsammlung Goetz einge-

<b>GRÜNEN)</b>	gangen, die Ingvild Goetz dem Land als Schenkung übergab und sich eine Dauerausstellung derselben in Bamberg wünscht, wie hoch wäre der Finanzierungsanteil des Freistaates im Falle einer Dependance in Bamberg und wann wird der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst sich mit der Thematik befassen?
<b>Dr. Dominik Spitzer</b> (FDP)	Ich frage die Staatsregierung, wie viele dauerhafte Kurzzeitpflegeplätze wurden seit Beginn des bayerischen Förderprogramms zum Ausbau von Kurzzeitpflegeplätzen nach der Förderrichtlinie Pflege (WoLeRaF) beantragt, welche Kosten sind bisher durch genehmigte Anträge entstanden und entspricht die Nachfrage an dem Förderprogramm den Erwartungen der Staatsregierung?
<b>Diana Stachowitz</b> (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schülerinnen und Schüler mit schulischer Vorbildung der allgemeinen Hochschulreife, der Fachhochschulreife und des mittleren Schulabschlusses ihren Ausbildungsvertrag an der Berufsschule in dem Jahr angetreten haben, in welchem sie auch ihren allgemeinen Schulabschluss abgelegt haben (Angaben bitte in Prozent und absoluten Zahlen; beginnend ab dem Schuljahr 2010/2011 bis zum Schuljahr 2017/2018)?
<b>Rosi Steinberger</b> (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Ich frage die Staatsregierung, plant sie angesichts der aktenkundig gewordenen Fälle von unsachgemäßem Einbau teerhaltigen Straßenaufbruchs ein Verbot vom Einsatz dieses Materials in privaten Flächen in Bayern?
<b>Dr. Simone Strohmayer</b> (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schulen in Bayern verfügen über sogenannte WLAN-Access-Points (bitte nach Schularten getrennt in absoluten Zahlen und in Prozent für die jeweilige Schulart angeben)?
<b>Martin Stümpfig</b> (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Ich frage die Staatsregierung, gab es auch aus ihrer Sicht in den letzten Jahrzehnten keine Effizienzsteigerung bei Solarkollektoren (Strom und Wärme) und Windrädern und teilt sie die Auffassung des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder, dass es keine funktionierenden Energiespeicher gibt, sowie dass für die Energiewende nicht schon Technologien vorhanden seien um Bayern mit erneuerbaren Energien zu versorgen, nachdem Ministerpräsident Dr. Markus Söder im Rahmen der Sendung „Berlin aktuell“, folgenden Satz geäußert hat: „Wenn wir ganz ehrlich sind, haben wir bis heute nicht die große Energiewende gemacht, die Ersatz an Energiequalität bringt. Es gebe noch immer die gleichen alten Solarkollektoren und die gleichen alten Windräder, aber man habe immer noch „keine einzige Idee entwickelt, wie wir Energie speichern können“?
<b>Anna Toman</b> (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Nachdem für den geplanten Bau des Fahrübungsplatzes der Bereitschaftspolizei in Sulzbach-Rosenberg laut Aussage des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration (Anfrage zum Plenum in der 19. KW 2019 Drs. 18/1965) aus polizeifachlichen Gründen nicht nach bereits versiegelten Flächen gesucht wurde, frage ich die Staatsregierung, was sind diese polizeifachlichen Gründe, wie lassen sie sich begründen und warum wird im

Zuge solcher Projekte nicht allgemein nach versiegelten Flächen gesucht?

**Hans Urban**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, erwartet sie wegen der anhaltend kalten Wetterlage immer noch eine so starke Schwammspinnentwicklung in Mittelfranken wie zuerst befürchtet und ist damit noch die Grundlage für einen Gifteinsatz gegeben und wurden im Vorab alle möglichen Betroffenen wie etwa Imkervereine über den bevorstehenden Gifteinsatz informiert?

**Ruth Waldmann**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ermöglichen die von den Pflegeversicherungen und den bayerischen Bezirken gezahlten Pflegesätze für stationäre Pflegeeinrichtungen, nach ihrer Erkenntnis, Tarife für Pflegeleistungen zu zahlen und falls nein, welche Verbesserungen sind hier angedacht?

**Dr. Sabine Weigand**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in wie vielen der denkmalgeschützten Kirchen, für die der Freistaat Bayern zuständig ist, existieren Brandschutzausstattungen (bitte je Kirche die getroffenen Maßnahmen erläutern,

beispielsweise Sprinkleranlagen, Brandschutztüren etc.), gibt es Regularien im Falle von Baumaßnahmen, die eine Brandgefahr mit sich bringen, in diesen Kirchen (beispielsweise besondere Sicherung der elektronischen Geräte) und liegen in den Kommunen Notfallpläne vor, wie der Einsatz beim Brand in einem denkmalgeschützten Sakralbau ablaufen soll (ist beispielsweise die Rettung von speziellen Kunstwerken vermerkt)

**Margit Wild**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse liegen ihr zum Polizeieinsatz vom 11.05.2019 im ANKER-Zentrum Regensburg vor, welche Gründe für den Tumult nimmt sie an und wie bewertet die Staatsregierung aufgrund dieser und anderer Erfahrungen das Konzept der ANKER-Zentren?

**Christian Zwanziger**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, auf Grundlage welcher belegbarer Untersuchung kommt der Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, Hubert Aiwanger, zu seiner Aussage, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und ÖDP seien seinen Angaben zufolge für den aktuellen Kahlschlag auf bayerischen Streuobstwiesen verantwortlich und hätten tausende, ja zehntausende Obstbäume „auf dem Gewissen“ (vgl. Mittelbayerische Zeitung; <https://www.mittelbayerische.de/politik/europawahl-nachrichten/-aiwangers-mini-wald-hat-eine-botschaft-24394-art1781909.html>), welche Maßnahmen hat die Staatsregierung unternommen, um artenschutzrechtlich illegale Rodungen zu unterbinden und welche Maßnahmen hat sie ergriffen, um die beispielsweise in der Schriftlichen Anfrage betreffend „Streuobst: Verbreitung, Vielfalt, Schutz und Förderung in Bayern“ (Drs. 17/21484) genannten Zahl eines jährlichen Verlustes von 100.000 Streuobstbäumen in Bayern zu stoppen (bitte Maßnahmen, Finanzmittel und Wirkung auflisten)?